

Generalversammlungen von Textilverbänden

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **78 (1971)**

Heft 6

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Generalversammlungen von Textilverbänden

Verein Schweizerischer Textilindustrieller Wolle-Seide-Synthetics (VSTI)

Mit einem deutlichen Hinweis auf die Notwendigkeit verstärkter Informationsarbeit seitens der Wirtschaft, die heute oft als Sündenbock für unbewältigte Probleme gehalten müsse, eröffnete der Präsident des VSTI am 27. April im Rathaus in Bern die 76. ordentliche Generalversammlung des Vereins.

In seinem Referat unterstrich Präsident Dr. Fritz Honegger die Notwendigkeit einer vermehrten Beteiligung der Unternehmer an der Politik. «Der Staat greift immer dort ein, wo der Unternehmer davon absieht, die Initiative zu ergreifen.» In den kantonalen und eidgenössischen Räten fehlen Persönlichkeiten aus dem Unternehmertum. Er gab deshalb der Hoffnung Ausdruck, dass im Wahljahr 1971 viele Unternehmer «mit ihrem weiten Horizont des wirtschaftlichen Denkens» den Weg zur Politik finden und ihre wertvollen Erfahrungen dem Staate zur Verfügung stellen werden. Mit Hinweisen auf die Aussenhandelsstruktur der Textilindustrie — deren Schwergewicht auf den EFTA-Staaten liegt, die im vergangenen Jahr etwas mehr als die Hälfte der schweizerischen Textilerzeugnisse aufgenommen haben — ferner auf den amerikanischen Handelsprotektionismus und die Gefahr einer Abwälzung der japanischen Textilausfuhren auf Europa sowie auf die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit beschloss Präsident Honegger seine Ausführungen.

Der zweite Teil der Generalversammlung war ganz den Fragen der Fremdarbeiterpolitik gewidmet, über die Botschafter Dr. Albert Grübel, Direktor des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, referierte. «Die vor einem Jahr zum Teil heftig bekämpfte Globalplafonierung (anstelle der Betriebsplafonierung) der ausländischen Arbeitskräfte hat ihre erste Probe bestanden», führte er aus. «Die Stabilisierung haben wir erreicht.» Nach einer Darstellung des neuen Fremdarbeiterbeschlusses formulierte er als das Ziel der langfristigen Fremdarbeiterpolitik die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes, das heisst eines Arbeitsmarktes, in dem die einheimischen und die ausländischen Arbeitskräfte — was den Stellen-, Berufs- und Kantonswechsel betrifft — mehr oder weniger gleich behandelt werden (wobei für neu einreisende Ausländer eine gebührende Karenzfrist vorzusehen wäre).

Die im Gesetz fundierte unterschiedliche Behandlung der Einheimischen und der Ausländer habe dazu geführt, dass zwei grosse Gruppen von Arbeitnehmern entstanden sind, die unter einem verschiedenen Regime leben und deshalb auf dem Arbeitsmarkt unter verschiedenen Voraussetzungen auftreten. Dies habe schwerwiegende wirtschaftliche Verzerrungen mit teilweise geradezu grotesken Beispielen zur Folge gehabt. Er erklärte hernach, was unter einem geteilten Arbeitsmarkt zu verstehen sei. Nicht dass auf der einen Seite die Schweizer und auf der anderen die Ausländer stehen, ist das Merkmal geteilten Arbeitsmarktes, sondern die Aufteilung in Grenzgänger und Saisoniers einerseits sowie die übrigen ausländischen Arbeitnehmer, von denen die 300 000, die mehr als drei Jahre

in der Schweiz tätig sind, unter den gegebenen Verhältnissen in bezug auf den Stellen-, Berufs- und Kantonswechsel praktisch einheimischen gleichgestellt sind. Was die Saisonarbeitskräfte anbelangt, vertrat Botschafter Grübel die Meinung, dass sich für solche Arbeitnehmer, die länger als sechs Monate in der Schweiz arbeiten, mit der Zeit die Erteilung von Jahresbewilligungen aufdränge. Auch langjährigen Grenzgängern werde man die Möglichkeit einräumen müssen, in die Schweiz überzusiedeln.

Schliesslich kam Botschafter Grübel auf die schweizerisch-italienischen Beziehungen zu sprechen. Statt die Bestrebungen unseres Landes zur Kenntnis zu nehmen, schrittweise die unterschiedliche Behandlung der schweizerischen und ausländischen Arbeitskräfte abzubauen, werde es in Italien unverständlicherweise vorgezogen, bestehende Unzulänglichkeiten hochzuspielen und bedauerliche Ergebnisse in unsachlicher Weise auszuwerten. Die Situation der Italiener in der Schweiz werde dadurch nicht besser.

Ueber die künftigen Gespräche mit der EWG führte er aus, es sei ungewiss, ob das Problem der Freizügigkeit der Arbeitskräfte mehr als einer nur am Rande erfolgenden Behandlung bedürfe und eine intensivere Behandlung notwendig sei. Die Regeln des Römer Vertrages würden zwar nicht ganz unserer Politik entsprechen. Doch zeige eine nähere Prüfung der Materie, dass die Schweiz zwar einerseits in gewissen Punkten nicht so weit gegangen sei und auch nicht gehen könne wie der Gemeinsame Markt, dass aber andererseits unser Land einen wertvollen Beitrag zur Behebung der schwierigsten Arbeitskraftprobleme der europäischen Gemeinschaften leistet. Mehr als 70 Prozent unserer ausländischen Arbeitskräfte stammten aus Mitgliedstaaten der EWG. In der EWG kämen mehr als 70 Prozent der ausländischen Arbeitskräfte nicht aus dem EWG-Raum, obwohl die Staaten verpflichtet wären, ihren Staatsangehörigen gegenseitig die gleiche Vorzugsbehandlung wie den einheimischen Arbeitskräften zu gewähren. «Unter diesen Umständen können wir der internationalen Entwicklung mit einiger Zuversicht entgegensehen», folgerte Botschafter Grübel. Die grössten Schwierigkeiten lägen im nationalen Bereich. Hier müsse man einen mittleren Weg wählen.

Verband der Arbeitgeber der Textilindustrie (VATI)

Die Aufwertung des Frankens fällt in eine Phase gegenläufiger Textilkonjunktur. Gleichzeitig ist die volle Ausnützung der Anlagen in vielen Textilbetrieben nicht mehr möglich, da überall Personal fehlt. Die prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt, das Emporschnellen der Lohnkosten, neue Formen des Anstellungsverhältnisses, Fremdarbeiterfragen und die Frankenaufwertung beschäftigten die Generalversammlung des Verbandes der Arbeitgeber der Textilindustrie (VATI) vom 14. Mai in Zürich. Die Textilindustriellen stellten fest, dass die Aufwertung die Exporte nach verschiedenen, preislich scharf umkämpften Aus-

landsmärkten beeinträchtigen wird. Eine Abwälzung der 7 % auf die Abnehmer ist im Textilsektor ziemlich schwierig. Dazu werden die Inlandproduzenten mit vermehrten Importen und einem zusätzlichen Preisdruck fertig werden müssen.

Der neue Fremdarbeiterbeschluss des Bundesrates vom April brachte der Textilindustrie keine Entlastung. Nachweisbar besonderen Verhältnissen in der Textilwirtschaft wurde keine Rechnung getragen. Die Textilfirmen rechnen mit einem Fortgang der rapiden Lohnbewegung; schon in den letzten 15 Monaten beträgt die Zuwachsrates der Arbeitskosten ein Mehrfaches früherer Vergleichsperioden.

Die Probleme des Umweltschutzes, des Wohnungsbaus und der Information und Beziehungen zur Öffentlichkeit werden von den Fimaleitungen wie auch vom Arbeitgeberverband als vordringliche Aufgaben betrachtet. Bei den Beziehungen zu den Gewerkschaften möchten die Textilindustriellen in erster Linie den Vertragsgedanken, eine echte Partnerschaft und den gegenseitigen Arbeitsfrieden weiter pflegen. Entsprechend grundsätzliche Verhandlungen sind gegenwärtig im Gange. Der Monatslohn für Arbeiter und Arbeiterinnen ist in den letzten Monaten in der Textilindustrie in verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen eingeführt worden.

Der Präsident des VATI wies in seinem Eröffnungswort auf bedenkliche Entwicklungen wie Radikalisierung, Entfremdung der Bevölkerung von der Wirtschaft, Vertrauenslücke in Politik und Wirtschaft hin und forderte die Vertreter der Textilindustrie auf, aktiv im politischen Leben mitzuwirken.

Als Präsident wurde für eine weitere Amtsperiode G. Späty-Leemann (Netstal) bestätigt und als neue Vorstandsmitglieder M. Reinhard (Melchnau), Dr. K. Rutz (Zürich) und O. Schäfer (Liestal) gewählt.

Dr. G. Helbling referierte über «Management-Probleme, insbesondere im Familienbetrieb». Unter den Verbandsfirmen des VATI, der die Baumwoll-, Woll-, Leinen-, Chemiefaser-, Wirkerei- und Strickerei-Industrie umfasst, sind die Familienunternehmen besonders zahlreich vertreten. Dr. Helbling analysierte die führungsmässigen Schwächen, aber auch die vielen Stärken und Vorteile des Familienbetriebes.

Zürcherische Seidenindustrie-Gesellschaft (ZSIG)

Unter dem Vorsitz von Dr. F. Honegger fanden am 12. Mai in Erlenbach die 123. ordentliche Generalversammlung der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft (ZSIG) und die 13. Generalversammlung des Vereins «Textilfachschule Zürich» statt. Ihnen war wie gewohnt die Jahresversammlung des Verbandes Schweizerischer Seidenstoff-Fabrikanten vorausgegangen. Präsident F. Honegger machte interessante Bemerkungen zur Lage der beiden Textilfachschulen in Zürich und Wattwil. Nach jahrelangem Nebeneinander sind seit einiger Zeit nun die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit erkannt worden. Neben der Arbeits-

teilung und einem rationelleren Betrieb wird eine Fusion zu einem späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen. Dies heisst aber nicht, dass der Schulbetrieb in Zürich deshalb aufgegeben werden soll.

Im zweiten Teil der Versammlung hielt Prof. Dr. Harald Jürgensen von der Universität Hamburg einen Vortrag über die Textilindustrie auf den europäischen Märkten der Zukunft und führte dabei u. a. was folgt aus:

«Es wird höchste Zeit, dass wir die EWG um die EFTA erweitern. Zwischen 1973 und 1978 würde es dann etwa so aussehen: Der Binnenhandel steigt auf etwa 258 Milliarden Dollar an. Und 258 Mia Dollar auf der Waagschale bedeuten eine Verhandlungsposition mit den Vereinigten Staaten, wie man sie sich nicht besser denken kann. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf eine weitere Kennedy-Runde. Der grosse Denkfehler aller nationalen Textilindustrien liegt darin, dass sie meinen, ihr Markt, den sie bereits haben, könne nicht grösser werden. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass eine gegenseitige Verflechtung eine Menge von zusätzlichen Möglichkeiten eröffnet; siehe das Beispiel der europäischen Automobilindustrie. In den Jahren zwischen 1965 und 1985 wird sich der Textilmarkt in jedem europäischen Land mit Sicherheit verdoppeln. Man sollte sich aber damit abfinden, dass ein Teil dieser wachsenden Märkte an Entwicklungsländer verlorengeht, weil diese Märkte aus politischen Gründen geöffnet werden müssen. Auf der anderen Seite wachsen Europa aber neue Märkte zu, und dies um so mehr, je weniger Europa ein differenziertes Gebilde ist. Wenn EWG und EFTA sich zusammenschliessen, wird der Markt so breit, dass auch Spezialitäten in grossen Serien hergestellt werden können. Wenn man einen Wandel lange Zeit voraussehen kann, stellt man sich darauf ein; er bekommt dann weniger Schrecken als Chancen.»

Schweiz. Verband der Wirkerei- und Strickerei-Industrie (SVWS)

Der mögliche Beitritt der Schweiz zur EWG und die Bildung eines schweizerischen Gesamtverbandes der Bekleidungsindustrie waren Gegenstand der Gespräche anlässlich der Generalversammlung des SVWS in Zürich. Es gehe nicht an, sagte Präsident Dr. E. Fahrlander, Aarburg, einmal mehr einen prosperierenden Industriezweig angesichts von EWG-Problemen zum Prügelknaben anderer zu machen, wie dies z. B. für die schweizerische Wirkerei- und Strickerei-Industrie anlässlich der Dillon- und Kennedy-Runde in Genf früher geschehen sei. Deshalb richte sich ein dringender Appell an die Schweizer Unterhändler in Brüssel, an sich unbestrittene Vorteile einer allfälligen EWG-Mitgliedschaft der Schweiz nicht durch allzu viele steuer- und sozialkostenmässige Nachteile zu erkaufen. Bezüglich eines zu bildenden Gesamtverbandes der schweizerischen Bekleidungsindustrie sei die Fusionsbereitschaft ungebrochen, doch könnten konkrete Ergebnisse aus den Vorverhandlungen zwischen den bisher branchenorientierten Einzelverbänden frühestens 1972 erwartet werden.